

Antrag an die Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Erfurt

Antragssteller*innen: Paul Gruber, Julian Degen, Merlin Zink, Carolin Held, Markus Zieger, Katharina Wischmeyer

Solidarisch an der Seite von #wirfahrenzusammen!

DIE LINKE Erfurt erklärt sich solidarisch mit der Kampagne #wirfahrenzusammen und unterstützt den gemeinsamen Kampf und die Petition von Klimabewegung und Gewerkschaften für einen starken zukunftsfähigen ÖPNV als wichtigen Kern der Verkehrswende.

Die Erfahrungen aus der Zeit des 9€-Ticket haben gezeigt, dass viele Menschen dazu bereit sind auf den ÖPNV umzusteigen, wenn der Preis attraktiv ist. Doch überfüllte Busse und Bahnen, überlastetes Personal und eine teils ungenügende Infrastruktur machen immer wieder deutlich, dass auch das beste Preismodell wenig wert ist, wenn nicht auch das Angebot verbessert wird. Gerade jetzt, wenn die Bundesregierung das Land auf Kürzungen im sozialen Bereich einschwört und die Klimaziele im Verkehrssektor verfehlt, braucht es einen deutlichen Gegenentwurf. DIE LINKE Erfurt unterstützt daher die berechtigten Forderungen von Fridays for Future und ver.di nach deutlich mehr Geld für Busse, Bahnen und Personal.

Da es einen guten und verlässlichen ÖPNV nur geben wird, wenn sich endlich die Arbeitsbedingungen ändern, brauchen die Beschäftigten in den anstehenden Tarifeinwanderung unsere Rückendeckung – für gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen. #wirfahrenzusammen will Fahrgäste, Klimabewegung, ÖPNV-Beschäftigte und Gewerkschaft zusammenbringen. Nur gemeinsam kann es funktionieren, denn Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze.

In Erfurt setzen wir bereits wichtige Impulse für die Verkehrswende. So war und ist es unsere Stadtratsfraktion, die sich für ein kostenfreies Schüler*innenticket starkmacht, und unser Bau- und Verkehrsdezernent Matthias Bärwolff, der den Bau einer neuen Straßenbahnlinie 9 aktiv vorantreibt. Doch nur als Kommune sind die Aufgaben nicht zu stemmen. Deshalb braucht es jetzt massive Investitionen in den ÖPNV. Insbesondere der Bund muss seiner Verantwortung gerecht werden und einen angemessenen Beitrag leisten. In diesem reichen Land mangelt es nicht an Geld, sondern am politischen Willen: Umverteilung jetzt, Schuldenbremse abschaffen!

Begründung: mündlich vor Ort